



«Empfängerhinweis»

Nr: 383

München, 28. Juli 2009

Bericht aus der Kabinettsitzung

Teil I

- 1. Bayern macht Tempo beim Ausbau der Ganztagschulen / Staatsregierung stellt 13 Millionen Euro für noch mehr offene Ganztagschulen im Schuljahr 2009/2010 zur Verfügung / Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle: „Kinder mit Ganztagsangeboten intensiv fördern“ / Im kommenden Schuljahr 2009/2010 voraussichtlich 633 gebundene Ganztagschulen und rund 56.000 Schülerplätze in offenen Ganztagschulen (Seite 2)**
- 2. Kultusminister Spaenle stellt im Kabinett Planungen zur Unterrichtsversorgung für Schuljahr 2009/2010 vor / Spaenle: „1.459 zusätzliche Planstellen sind ein stabiles Fundament für gute Bildung“ (Seite 3)**
- 3. Kabinett beschließt Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bildungsbereich / Kultusminister Dr. Spaenle: „Rechte von Menschen mit Behinderungen im Schulbereich stärken“ (Seite 5)**

./.

**1. Bayern macht Tempo beim Ausbau der Ganztagschulen /
Staatsregierung stellt 13 Millionen Euro für noch mehr offene
Ganztagschulen im Schuljahr 2009/2010 zur Verfügung /
Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle: „Kinder mit Ganztagsangeboten
intensiv fördern“ / Im kommenden Schuljahr 2009/2010 voraussichtlich
633 gebundene Ganztagschulen und rund 56.000 Schülerplätze in
offenen Ganztagschulen**

In Bayern geht der Ausbau der Ganztagschulen weiter voran. Das Kabinett beschloss in seiner heutigen Sitzung, 13 Millionen Euro für noch mehr offene Ganztagschulen im kommenden Schuljahr 2009/2010 zur Verfügung zu stellen. Bayerns Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle betonte: „Damit können wir ab dem kommenden Schuljahr insgesamt rund 56.000 Schülerplätze in rund 2.800 Gruppen an offenen Ganztagschulen anbieten.“ Der Freistaat kann nach den Worten Spaenles nun alle Anträge für die Schaffung offener Ganztagschulen, die von den Kommunen und den Schulen gemeinsam gestellt wurden, genehmigen. Spaenle: „Ich freue mich, dass das Kabinett den Weg freigemacht hat. Wir können die Schülerinnen und Schüler in den offenen Ganztagsgruppen und gebundenen Ganztagsklassen intensiv fördern und unterstützen so auch die Mütter und Väter noch besser bei ihren Erziehungsaufgaben.“ Im Bereich der offenen Ganztagsbetreuung gibt es bayernweit aktuell eine große Nachfrage für das Konzept der Staatsregierung. Zum neuen Schuljahr übernimmt der Freistaat künftig die Trägerschaft der Ganztagsangebote an Bayerns Schulen. Die Finanzierung von offener und gebundener Form ist künftig einheitlich. Den Großteil der Kosten übernimmt der Freistaat. Die Kommunen beteiligen sich mit 5.000 Euro pro Gruppe bzw. Ganztagsklasse, die Eltern werden von einem Eigenbeitrag befreit. Einen weiteren wichtigen Grund für den Erfolg und die zunehmende Akzeptanz der offenen Ganztagschule in Bayern sieht der Kultusminister auch in den überzeugenden und qualitativ hochwertigen Angeboten der Schulen und ihrer Kooperationspartner.

Ziel der Staatsregierung ist nach den Worten des Kultusministers ein ausgewogener Mix offener und gebundener Ganztagsangebote im Interesse der Kinder. Gerade an sozialen Brennpunkten oder an Schulen mit hohem Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund können gebundene Ganztagsmodelle pädagogisch wertvoller sein und dem Willen von Eltern und Schülern besser entsprechen. Der Kultusminister hat bereits in den letzten Wochen grünes Licht für den Aufbau von gebundenen Ganztagszügen an insgesamt 111 Grundschulen, 72 Hauptschulen und 37 Förderschulen ab dem kommenden Schuljahr gegeben. Insgesamt werden damit im kommenden Schuljahr voraussichtlich rund 633 Ganztagschulen in gebundener Form zur Verfügung stehen. „Wir werden neben den offenen Ganztagsangeboten auch die Zahl der gebundenen Ganztagszüge an Grund-, Haupt- und Förderschulen deutlich erhöhen. Damit setzen wir ein klares Signal dafür, dass Bildung in Bayern höchste Priorität hat“, so Kultusminister Spaenle. Die eingegangenen Bewerbungen um die Einrichtung gebundener Ganztagsklassen an Volksschulen sind von den Bezirksregierungen und dem Kultusministerium unter dem Aspekt des pädagogischen Konzepts und der entsprechenden Schülerzahl überprüft worden. Derzeit bestehen bereits an 40 Grundschulen, 320 Hauptschulen und 30 Förderschulen gebundene Ganztagszüge. Im Bereich Realschule und Gymnasium werden gebundene Ganztagszüge für die Jahrgangsstufen 5 und 6 in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode konsequent ausgebaut.

2. Kultusminister Spaenle stellt im Kabinett Planungen zur Unterrichtsversorgung für Schuljahr 2009/2010 vor / Spaenle: „1.459 zusätzliche Planstellen sind ein stabiles Fundament für gute Bildung“

Bayerns Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle hat heute im Ministerrat die Planungen zur Unterrichtsversorgung für das kommende Schuljahr 2009/2010 vorgestellt. „Wir können den Unterricht sichern, große Klassen abbauen und zugleich die Ganztagsangebote deutlich ausweiten“, betonte der Kultusminister. Nach den Worten Spaenles stellt der Freistaat Bayern allein 1.459 zusätzliche neue Planstellen

bereit, davon 229 aus dem Programm „Zukunft Bayern 2020“. Spaenle: „Das ist ein stabiles Fundament für eine qualitativ hochwertige Bildung unserer jungen Menschen in Bayern.“ Erfreut zeigte sich Spaenle, dass im kommenden Schuljahr die Höchstgrenze von Kindern in sogenannten Migrationsklassen auf 25 Schüler begrenzt werden kann. „Dies schafft eine bessere Lernsituation für einheimische Schüler wie auch für Schüler aus Migrantenfamilien. Es entlastet zudem vor allem Lehrkräfte in Ballungszentren wie München, Nürnberg und Augsburg“, betonte der Kultusminister.

Als insgesamt zufriedenstellend bezeichnete Dr. Spaenle die Situation bei der Gewinnung von Lehrkräften. So konnten die für die Volksschulen notwendigen Lehrkräfte gefunden werden. Auch an Realschulen und Gymnasien ist die Anzahl der Bewerber nach dem Prüfungsjahrgang angestiegen. Als problematisch erweist sich allerdings nach wie vor die Gewinnung von Lehrkräften für Realschulen und Gymnasien für die Fächer Mathematik, Physik, Biologie und Chemie. Schwierig stellt sich auch die Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern für Latein und Spanisch an Gymnasien sowie Französisch und Sport für Realschulen dar. Mit Hilfe von Quereinsteigerprogrammen und der Zuweisung von Mitteln, mit denen die Schulen Vertretungslehrkräfte einstellen können, können die Schulen den Unterricht sicherstellen. „Wir können nur dafür werben, dass junge Menschen sich insbesondere für ein Studium der Naturwissenschaften entscheiden“, so Spaenle. Als angespannt bezeichnete Kultusminister Spaenle die Unterrichtsversorgung an den Beruflichen Schulen. Die fehlende Kapazität wird über Sondermaßnahmen mit Quereinsteigern wie Diplomingenieuren der Fachrichtungen Maschinenbau und Elektrotechnik abgedeckt.

3. Kabinett beschließt Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bildungsbereich / Kultusminister Dr. Spaenle: „Rechte von Menschen mit Behinderungen im Schulbereich stärken“

Bayern wird die Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention schrittweise verwirklichen und die Rechte von jungen Menschen mit Behinderung im schulischen Bereich weiter stärken. Dabei hat Bayern die inhaltliche Federführung für alle Länder in Deutschland. Das beschloss heute das Kabinett. Ziel der Staatsregierung ist es nach den Worten von Kultusminister Spaenle, die Chancengleichheit und die gesellschaftliche Teilhabe von jungen Menschen mit Behinderung im Bildungsbereich gezielt zu fördern. Spaenle: „Eines ist klar: Bei allen Maßnahmen muss der Einzelne, das heißt die betroffenen Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt stehen.“ Wesentliche Schritte zur Umsetzung der UN-Konvention sind laut Spaenle bei der Wahl der Schule von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen, den Elternwillen zu stärken sowie den erfolgreichen Bayerischen Weg der Integration und Kooperation auszubauen. Spaenle: „Wir wollen die Kooperationsmöglichkeiten zwischen allgemeiner Schule und Förderschule verstärken und die Mobile Sonderpädagogische Förderung an der allgemeinen Schule ausbauen.“

Drei Pfeiler sind dabei für Minister Spaenle entscheidend:

1. Die Qualität von Unterstützungs- und Kooperationsmaßnahmen soll gesteigert werden. „Wir wollen insbesondere eine verbesserte Förderung von Schülern und Schülerinnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf an der allgemeinen Schule durch Mobile Sonderpädagogische Dienste“, so Spaenle. Diese sollen aufgestockt werden.
2. Die Anzahl von Unterstützungs- und Kooperationsmaßnahmen soll ausgebaut werden. Ziel ist es, dass mittel- und langfristig deutlich

mehr Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf die allgemeine Schule besuchen können.

3. Die bestehenden Systeme sollen durch neue Modelle mit sogenannter inklusiver Beschulung fortentwickelt werden. Hier geht es zum Beispiel um die Einführung sogenannter Inklusionsklassen als Klassen an der Volksschule, in denen Schüler ohne und mit sonderpädagogischem Förderbedarf durch eine Lehrkraft der Volksschule sowie durchgehend durch eine Lehrkraft der Förderschule lernzieldifferent unterrichtet werden.

„Auf diese Weise stärken wir die Situation der einzelnen Schülerinnen und Schüler“, so der Minister abschließend.

gez.
Rainer Riedl
Pressesprecher der Bayerischen Staatskanzlei++++